



Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung

Mit Bescheid vom 14. Dez. 2016 (AZ 2015-1491) wurde für die Nutzungsänderung zur Erhöhung der Lagermengen an wassergefährdenden Stoffen in Halle C von 60 t (50 t WGK 1; 10 WGK 2) auf 500 t WGK 1 und in Halle D von 20 t WGK 1 auf 50 t WGK 1 und 2 auf dem Grundstück/Flurstück 901 der Gemarkung Nerchau eine Baugenehmigung im Verfahren gemäß § 64 SächsBO (Sächsischen Bauordnung) erteilt.

Die Baugenehmigung wird hiermit nach § 70 Abs. 3 SächsBO durch **Öffentliche Bekanntmachung** den betroffenen Eigentümern von Nachbargrundstücken zugestellt. Das Bauvorhaben entspricht den öffentlich-rechtlichen Vorschriften, die im bauaufsichtlichen Verfahren zu prüfen sind. Nachbarrechtlich geschützte Belange werden nicht beeinträchtigt. Insbesondere wurden keine Befreiungen oder Abweichungen erteilt.

Für diese Zustellung gilt folgende

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich (04550 Borna) oder zur Niederschrift (Grimma, Karl-Marx-Str. 22, Haus 3) beim Landratsamt Landkreis Leipzig, einzulegen.

Hinweise:

Die Zustellung gilt mit dem Tag der Herausgabe des Amtsblattes als bewirkt. Von da an beginnt die Rechtsbehelfsfrist zu laufen.

Der Baugenehmigungsbescheid und die dazugehörigen Pläne können im Landratsamt Landkreis Leipzig, Dienstgebäude Grimma, Karl-Marx-Straße 22, Haus 3 innerhalb eines Monats nach dieser Bekanntmachung eingesehen werden. Die Einsichtnahme ist zu den oben angegebenen Öffnungszeiten im Raum Nr. 113 möglich.

Betroffene Eigentümer von Nachbargrundstücken können mit Nachweis ihrer Eigentümerschaft eine schriftliche Ausfertigung des Bescheides innerhalb der Rechtsbehelfsfrist abfordern. Sofern eine Einsichtnahme in die Antragsunterlagen beabsichtigt wird, ist eine Terminabstimmung unter Tel.-Nr. 03437 984 1608 erforderlich.

Karin Wagner
Amtsleiterin Bauaufsichtsamt

Bekanntmachung des Landratsamtes Landkreis Leipzig gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) Az.: 10132-106.11/824/1/st

Die Windfarm Mutzschen Nord GmbH beantragte am 20.06.2016 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 4 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749) zur Errichtung und zum Betrieb von 2 Windkraftanlagen (Repowering) des Typs Servion MM 100 (jeweils 2,0 MW Nennleistung, 100 m Rotordurchmesser, 80 m Nabenhöhe) in 04668 Grimma, OT Gastewitz, Gemarkung Gastewitz, Flurstücke 89/4 und 94, im Vorrang- und Eignungsgebiet Windenergienutzung „Silberberg Nr. 11“.

Die geplanten 2 Windkraftanlagen sind mit einer Gesamthöhe von jeweils 130 m genehmigungsbedürftige Anlagen und werden entsprechend dem Anhang 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670) - Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern und weniger als 20 Windkraftanlagen - der Nr. 1.6.2 zugeordnet.

Im Windpark Silberberg befinden sich gegenwärtig 8 Windkraftanlagen. Nach Anhang 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749) (Liste "UVP-pflichtiger Vorhaben") Nr. 1.6.2 (6 bis weniger 20 Windkraftanlagen) unterliegt die Anlage einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c Satz 2 UVPG. Im Rahmen des Vorverfahrens erfolgte die Einzelfallprüfung entsprechend den Prüfkriterien der Anlage 2 zum UVPG mit dem Ergebnis, dass keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 1 BImSchG zu besorgen sind.

Eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht nicht.

Diese Entscheidung des Landratsamtes Landkreis Leipzig zum Verzicht auf die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird hiermit gemäß § 3 a UVPG öffentlich bekannt gegeben. Gemäß § 3a Satz 3 UVPG ist diese Entscheidung nicht selbständig anfechtbar.

Landratsamt Landkreis Leipzig

Grimma, 13.01.2017

Dr. Lutz Bergmann
Amtsleiter Umweltamt

**Bekanntmachung des Landratsamtes
Landkreis Leipzig gemäß § 3a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
Az.: 10132-106.11/831/1/st**

Die Windfarm Mutzschen Nord GmbH beantragte am 01.09.2016 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 4 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749) zur Errichtung und zum Betrieb von einer Windkraftanlage des Typs Enercon E-92 (2,350 MW Nennleistung, 92 m Rotordurchmesser, 75 m Nabenhöhe) in 04668 Grimma, OT Gastewitz, Gemarkung Gastewitz, Flurstück 85, im Vorrang- und Eignungsgebiet Windenergienutzung „Silberberg Nr. 11“. Die geplante Windkraftanlage ist mit einer Gesamthöhe von 121 m eine genehmigungsbedürftige Anlage und wird entsprechend dem Anhang 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670) - Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern und weniger als 20 Windkraftanlagen - der Nr. 1.6.2 zugeordnet.

Im Windpark Silberberg befinden sich gegenwärtig 10 Windkraftanlagen. Nach Anhang 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749) (Liste "UVP-pflichtiger Vorhaben") Nr. 1.6.2 (6 bis weniger 20 Windkraftanlagen) unterliegt die Anlage einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c Satz 2 UVPG.

Im Rahmen des Vorverfahrens erfolgte die Einzelfallprüfung entsprechend den Prüfkriterien der Anlage 2 zum UVPG mit dem Ergebnis, dass keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 1 BImSchG zu besorgen sind.

Eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht nicht.

Diese Entscheidung des Landratsamtes Landkreis Leipzig zum Verzicht auf die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird hiermit gemäß § 3 a UVPG öffentlich bekannt gegeben. Gemäß § 3a Satz 3 UVPG ist diese Entscheidung nicht selbständig anfechtbar.

Landratsamt Landkreis Leipzig

Grimma, 16.01.2017

Dr. Lutz Bergmann
Amtsleiter Umweltamt

**Bekanntmachung des Landratsamtes
Landkreis Leipzig gemäß § 3a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
Az.: 10132-106.11/74/5/se**

Die Windfarm Löbschütz GmbH beantragte am 30.08.2016 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 16 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749) zur Errichtung und zum Betrieb von einer Windenergieanlage (WEA) - Umplanung der genehmigten WEA vom Typ Senvion 3.4M104 (3,4 MW Nennleistung, 104 m Rotordurchmesser und 80 m Nabenhöhe) in eine vom Typ Siemens SWT-3.6-130 (3,6 MW Nennleistung, 130 m Rotordurchmesser und 85 m Nabenhöhe) am Standort in 04668 Grimma, Außenbereich, Gemarkung Löbschütz, Flurstück 83/1 einschl. Rückbau der WEA 83/2L vom Typ Vestas V90 mit 2000 kW Nennleistung, 105 m Nabenhöhe, 90 m Rotordurchmesser am Standort Gemarkung Löbschütz, Flurstück 83/2 im Vorrang- und Eignungsgebiet Windenergienutzung „Silberberg Nr. 11“.

Die geplante WEA ist mit einer Gesamthöhe von 150 m eine genehmigungsbedürftige Anlage und wird entsprechend dem Anhang 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670) - Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern und weniger als 20 Windkraftanlagen - der Nr. 1.6.2 zugeordnet.

Im Windpark Silberberg befinden sich gegenwärtig 8 WEA. Insgesamt drei weitere WEA wurden mit den Bescheiden gem. § 4 BImSchG vom 16. und 19.12.2016 genehmigt. Nach Anhang 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749) (Liste "UVP-pflichtiger Vorhaben") Nr. 1.6.2 (6 bis weniger 20 Windkraftanlagen) unterliegt die Anlage einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c Satz 2 UVPG.

Im Rahmen des Vorverfahrens erfolgte die Einzelfallprüfung entsprechend den Prüfkriterien der Anlage 2 zum UVPG mit dem Ergebnis, dass keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 1 BImSchG zu besorgen sind.

Eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht nicht.

Diese Entscheidung des Landratsamtes Landkreis Leipzig zum Verzicht auf die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird hiermit gemäß § 3 a UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Gemäß § 3a Satz 3 UVPG ist diese Entscheidung nicht selbständig anfechtbar.

Landratsamt Landkreis Leipzig

Grimma, 18.01.2017

Dr. Lutz Bergmann
Amtsleiter Umweltamt

Sonstige Informationen

Tierseuchenüberwachung bei Wildtieren - Ergebnisse 2016, Ausblick 2017

Wildtiere sind zum einen selbst von Tierseuchen betroffen, zum anderen können sie bekämpfungspflichtige Seuchen aber auch auf Haus- und Nutztierbestände und ggf. den Menschen übertragen. Daher werden im Rahmen der staatlichen Tierseuchenvorsorge auch regelmäßig Wildtiere in das Seuchenmonitoring miteinbezogen. So werden Proben von erlegtem Schwarzwild und von verhaltensauffälligen oder verendet aufgefundenen Füchsen, Marderhunden und Waschbären auf verschiedene Krankheiten untersucht. Zudem gibt es ein aktives (erlegte Vögel) und ein passives (Totfunde) Geflügelpest-Monitoring bei Wildvögeln.

Für die Probenbeschaffung ist das Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt auf die Unterstützung durch die Jagdausübungsberechtigten angewiesen. Allen Beteiligten wird an dieser Stelle herzlich gedankt.

Im Beprobungsjahr 2016 wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Im Landkreis Leipzig wurden insgesamt 374 Blutproben (2015: 725/2014: 942) und 107 Organproben (2015: 18/2014: 89) von Wildschweinen genommen. Blutproben werden auf die Afrikanische Schweinepest, die Klassische Schweinepest, die Aujeszky'sche Krankheit sowie auf Brucellose untersucht. Je nach Gesamtmenge der abgegebenen Probe wird entweder auf alle genannten Krankheiten getestet oder nur auszugswise. Je nach Test sind zudem unterschiedliche Anforderungen an die Probenqualität erforderlich. Daher ergeben sich in der u. g. Auflistung Differenzen.

Organproben werden zusätzlich auf Salmonellen geprüft.

- In **keiner** der untersuchten Blutproben (alle Proben auswertbar) wurde ein Hinweis auf das Vorkommen des Erregers der Afrikanischen Schweinepest bei unseren Wildschweinen gefunden.
- In **keiner** der untersuchten Blutproben wurde ein Hinweis auf das Vorkommen des Erregers der Klassischen Schweinepest (ca. 80 % auswertbare Proben) bei unseren Wildschweinen gefunden.
- In 98 von 200 auswertbaren Blutproben (davon 3,5 % nicht auswertbare Proben) wurden Antikörper gegen die Aujeszky'sche Krankheit nachgewiesen, was direkt auf einen Kontakt des betroffenen Wildschweins mit dem Erreger schließen lässt (= 49 % Nachweisrate, vgl. 2015: 33 %/ 2014: 49 %).
Die Aujeszky'sche Krankheit (= „Pseudowut“) ist auch für Hunde und Katzen allen Alters gefährlich: Nach 1 - 3 Tagen endet sie tödlich. Die Übertragung erfolgt in erster Linie über den Verzehr roher Teile eines infizierten Schweines. Es wird daher eindringlich geraten, keine rohen Fleischabfälle vom Wildschwein zu verfüttern.
- In 70 von 369 auswertbaren Blutproben (davon 4 % nicht auswertbare Proben) wurden Antikörper gegen Brucelloseerreger nachgewiesen (= 19 % Nachweisrate, vgl. 2015: 20 %/ 2014: 30 %). Im Gegensatz zur Aujeszky'schen Krankheit sagt dies nur grundsätzlich, dass allgemein mit den Erregern bei Wildschweinen gerechnet werden muss.
- In **keiner** Organprobe wurden die Erreger der Afrikanischen Schweinepest, der Klassischen Schweinepest, der Aujeszky'schen Krankheit oder der Salmonellose nachgewiesen. In zwei Proben musste jedoch der Befund: „Brucellose positiv (Erregernachweis)“ erhoben werden (vgl. 2015: 1 Probe).

Die Brucellose ist eine bakteriell bedingte Erkrankung, die im Gegensatz zu den vorgenannten Krankheiten auch auf den Menschen übertragen werden kann. Die Übertragung erfolgt z. B. durch Kontakt oder durch Inhalation infektiöser Materialien, wobei Personen, die sich mit der Schlachtung und Verarbeitung von Tieren und Tierkörpern beschäftigen, wie beispielsweise Jäger, besonders gefährdet sind. Die Krankheit kommt aufgrund der erfolgreichen Bekämpfung bei Haustieren nur noch ausnahmsweise vor, darf jedoch nicht völlig in Vergessenheit geraten.

Bei einem positiven Erregernachweis wird der Tierkörper genussuntauglich und muss entsorgt werden. Ein alleiniger positiver Antikörpernachweis führt jedoch nicht zur Reglementierung.

Weiterhin wurden 2016 drei Füchse auf *Tollwut* untersucht. Tollwut wurde **nicht** nachgewiesen.

Bei einem der Füchse war jedoch die Untersuchung auf Staupe positiv. Beim aktiven Wildvogel-Geflügelpest-Monitoring wurden durch die Jagdausübungsberechtigten fünf erlegte Wildvögel zur Beprobung gebracht, die mit negativem Ergebnis auf Wildvogel-Geflügelpest untersucht worden waren.

Nähere Informationen zu den Krankheiten und den Ergebnissen finden Sie auf unserer Homepage unter der Nutzung der Suchfunktion auf der Startseite <http://www.landkreisleipzig.de/>

Ab dem 01. Januar 2017 wird das Monitoring bei Wildschweinen auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt: die **Schweinepest-Monitoring-Verordnung** (SchPestMonV). Hintergrund ist die nach wie vor in den Mitgliedstaaten Polen, Lettland und Litauen sowie in der Russischen Föderation, Weißrussland und der Ukraine grassierende Afrikanische Schweinepest bei Haus- und Wildschweinen. Aufgrund der Transitrouten durch Deutschland ist nicht auszuschließen, dass z. B. über unachtsam entsorgte Speisereste die Erreger unerkannt in die hiesige Wildschweinpopulation eintragen werden und somit die Hausschweinpopulation gefährden. Aber auch die Klassische Schweinepest ist aufgrund ihres Bedrohungspotenzials und der Tierseuchelage weiter überwachungspflichtig.

Daher wird das Monitoring der gesund erlegten Wildschweine, von denen wie bisher Blutproben untersucht werden, um die Untersuchung bei Fallwild/Unfallwild und erlegten Wildschweinen mit klinischen oder pathologisch-anatomischen Veränderungen ergänzt.

Die neue SchPestMonV verpflichtet nun die Jagdausübungsberechtigten Proben von allen im Rahmen der Jagdausübung verendet aufgefundenen Wildschweinen (Fallwild/Unfallwild) und von erlegten Wildschweinen, die klinische oder mit bloßen Auge erkennbare pathologisch-anatomische Auffälligkeiten zeigen, zu entnehmen. Als Probenmaterial kommen, wie bekannt, vorzugsweise Organproben (Milz, Rachenlymphknoten, Lymphknoten vom Kopf und der inneren Organe, Nieren, Lunge) und/oder (sofern möglich) Blutproben in Frage. Die Proben sind durch die Jagdausübungsberechtigten über das LÜVA oder direkt der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen (LUA) zuzuleiten.

Das Monitoring der gesund erlegten Wildschweine wird dabei finanziell unterstützt: Für die ersten 123 Blutproben von gesund erlegten Wildschweinen, die zur Untersuchung geeignet sind, wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,00 EUR gewährt.

Die Blutentnahmeröhrchen sowie ggf. weitere Informationen zur Beprobung, Dokumentation oder Transport und die Auszahlung erhalten Sie bei uns.

Dr. Asja Möller

Amtsleiterin Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt

Impressum

- Herausgeber:
Landkreis Leipzig, vertreten durch Landrat Henry Graichen,
Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna, www.landkreisleipzig.de
Redaktion:
Brigitte Laux, Brigitte.laux@lk-l.de, Tel. 03433 241 1010
- Verlag und Abo-Druck:
LINUS WITTICH Medien KG, An den Steinenden 10,
04916 Herzberg (Elster), Tel. 03535 489-0
vertreten durch den Geschäftsführer ppa. Andreas Barschtipan,
www.wittich.de/agb/herzberg
- Verantwortlich für den amtlichen Teil:
Landkreis Leipzig, vertreten durch Landrat Henry Graichen,
Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna

